



>>> LATEINAMERIKA DEUTSCHLAND UND EUROPA: PARTNERSCHAFT FÜR DAS 21. JAHRHUNDERT

Lateinamerika-Strategie der CDU/CSU-Bundestagsfraktion
Beschluss vom 6. Mai 2008

vorgelegt auf dem
Lateinamerika-Kongress der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, des
Deutschen Industrie- und Handelskammertages und der Konrad-
Adenauer-Stiftung am 8. Mai 2008 in Berlin

I. Die Bedeutung Lateinamerikas für Deutschland und Europa

Lateinamerika¹ hat sich immer als Teil der westlichen Welt und der Gemeinschaft der Demokratien verstanden. Damit ist und bleibt Lateinamerika für Deutschland und Europa als Partner für „global governance“ wichtig, um eine auf Regeln gegründete internationale Ordnung zu schaffen. Wir müssen die Partnerschaft mit Lateinamerika pflegen und weiter ausbauen, um dem politischen Dialog in allen Politikbereichen zwischen beiden Seiten eine neue Qualität zu verleihen. Das gilt umso mehr, als sich Lateinamerika in einem umfassenden Prozess des Wandels befindet, der vom Grundverständnis der Demokratie bis zur Rolle des Subkontinents in der internationalen Politik reicht. Die internationale Situation des Subkontinents hat sich grundlegend verändert. Einzelne lateinamerikanische Staaten, wie beispielsweise Brasilien und Mexiko, nehmen in zunehmendem Maße eine eigenständige Rolle in der Weltpolitik wahr.

Für den Bestand und die Entwicklung der lateinamerikanischen Demokratie ist eine solide wirtschaftliche Entwicklung notwendig, die Fragen der sozialen Gerechtigkeit berücksichtigt. Die Entwicklungen der vergangenen Jahre in mehreren Ländern sind ermutigend. In einigen anderen hingegen sind die Transformationsgewinne der Entwicklungen der letzten Dekaden gefährdet. Deutschland und die EU können und sollten Lateinamerika bei der Fortsetzung seines Transformationsprozesses unterstützen. Dazu muss deutsche und europäische Außen-, Wirtschafts-, Entwicklungs- und Kulturpolitik in Lateinamerika aber mehr Präsenz zeigen und ein schärferes Profil entwickeln. Deutschland und Europa sollten die Region, die immerhin 36 Länder umfasst, zunehmend als politischen Partner für eine gemeinsame Gestaltung der Globalisierung sehen, zumal es in der gegebenen multilateralen internationalen Ordnungsstruktur häufig darum geht, Mehrheiten zu organisieren.

Der seit Jahren proklamierten „strategischen Partnerschaft“ zwischen der EU und Lateinamerika müssen konkrete und substanzielle politische Initiativen folgen. Die deutsche Politik muss mit den Partnern in Lateinamerika mehr gemeinsame Initiativen für deutsche und internationale Politik erarbeiten.

1. Lateinamerikanische Vielfalt und deutsche und europäische Interessen

Lateinamerika hat sich in den letzten Dekaden politisch, wirtschaftlich und gesellschaftlich tiefgreifend gewandelt. Während in den 1970er Jahren fast überall autoritäre Regime an der Macht waren, entstanden im Verlauf der 1980er und 1990er Jahre in beinahe allen lateinamerikanischen Staaten wieder oder erstmals demokratische Regierungssysteme, so dass heute – mit Ausnahme Kubas – alle Regierungen und Parlamente durch weitgehend demokratische Wahlen legitimiert sind. Nach der „década perdida“, der verlorenen

1. Unter Lateinamerika werden im Folgenden alle Länder der westlichen Hemisphäre außer den USA und Kanada verstanden

Dekade der 1980er Jahre, erschienen die 1990er Jahre als „*década de la esperanza*“ - Dekade der Hoffnung. Die Hoffnung erfüllte sich jedoch nicht für alle, so dass die Region auch zu Beginn des 21. Jahrhunderts ein ambivalentes und heterogenes Bild bietet. Einerseits erscheint es möglich, Gemeinsamkeiten in der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung in und zwischen den lateinamerikanischen Ländern und Subregionen auszumachen. Andererseits muss trotz dieser generellen – überwiegend positiven – Trends die Gesamtregion differenziert betrachtet werden.

Das Ende des Kalten Krieges und die Terroranschläge vom 11. September 2001 haben die internationalen Beziehungen und damit die Weltordnung zunehmend komplexer werden lassen. Welche Rolle spielen Europa und Lateinamerika in dieser sich schnell verändernden Welt?

Im Gegensatz zum großen Interesse, das Lateinamerika in den 1960er Jahren im Rahmen der entwicklungspolitischen Debatten, sowie in den darauf folgenden Dekaden wegen der autoritären Regime und der Schuldenkrise entgegengebracht wurde, hat die Aufmerksamkeit Deutschlands und Europas für den Subkontinent seit den 1990er Jahren abgenommen. Der Blick richtet sich nun auf andere Weltregionen, die entweder größere Krisen und Gefahren bergen oder aber mehr Chancen für die Realisierung eigener Interessen zu bieten scheinen.

Doch darüber darf Lateinamerika als ein traditioneller und auch für die Zukunft wichtiger Partner nicht vernachlässigt werden.

Lateinamerika ist kulturhistorisch Teil der westlichen Welt. Die Geschichte des Subkontinents ist untrennbar mit der Europas verbunden. Die Kontinente verbinden gemeinsame sprachliche, religiöse und philosophische Wurzeln, die Grundlage für eine lebendige Wertegemeinschaft sind. Die gegenseitigen Beziehungen sind von Sympathie und Vertrauen geprägt, so dass beste Voraussetzungen für eine gute und dauerhafte Partnerschaft bestehen. Auch politisch ist der Subkontinent der westlichen Welt zuzurechnen: Nach den historischen Demokratisierungserfolgen der beiden letzten Dekaden gehören heute alle Staaten Lateinamerikas – mit Ausnahme Kubas – zum Kreis der Demokratien. Lateinamerika ist damit weltweit die am stärksten demokratisierte Entwicklungsregion. Dies ist ein zentraler Anknüpfungspunkt für die gemeinsame Bewältigung der globalen Herausforderungen. Insbesondere Brasilien und Mexiko haben sich in jüngster Zeit bei der Suche nach Lösungen globaler Probleme vermehrt engagiert.

In diesem Kontext ist es im wohlüberlegten Eigeninteresse Deutschlands und der EU, stärker in die gewachsenen Beziehungen zu investieren.

Um diese Demokratisierung zu sichern haben wir ein fundamentales Interesse an der nachhaltigen Entwicklung Lateinamerikas hin zu mehr wirtschaftlicher, sozialer und ökologischer Stabilität.

Obwohl Lateinamerika ohne Zweifel weltweit die demokratischste Entwicklungsländerregion ist, ist die Legitimationsbasis vieler der dortigen Demokratien prekär. Um die Demokratisierung zu sichern, haben wir ein fundamentales Interesse an der wirtschaftlichen und sozialen Stabilität und Weiterentwicklung Lateinamerikas. In etlichen lateinamerikanischen Ländern gibt es staatsfreie Räume, einen defizitären Rechtsstaat und staatliche Strukturen, die Entwicklungsbarrieren festigen, anstatt sie zu überwinden. Die weit verbreitete Korruption,

Defizite im Justizbereich, die mangelnde Teilhabe der indigenen Bevölkerung sowie die extremen sozialen Ungleichheiten stellen besondere Herausforderungen für die Konsolidierung der Demokratie und die friedliche Entwicklung in Lateinamerika dar. Die Tatsache, dass von rund 550 Millionen Einwohnern mehr als 200 Millionen (40%) unter der Armutsgrenze leben und davon rund 80 Millionen (15%) Hunger leiden müssen, wirkt sich zunehmend als Belastung für den demokratischen Grundkonsens aus. Insgesamt wuchs die Kluft bei der Einkommensverteilung und beim Wohlstandsniveau in den Gesellschaften Lateinamerikas in den letzten Jahren, nicht zuletzt, weil die Bevölkerung in der Regel stärker als die Wirtschaft gewachsen ist. Ein überwältigendes Problem ist, dass insbesondere die wirtschaftlichen Eliten ihrer gesellschaftlichen und sozialen Verantwortung nicht ausreichend gerecht werden.

Eine Ursache für diese Defizite liegt darin, dass es in vielen Ländern Lateinamerikas nicht gelungen ist, stabile und in der Bevölkerung verankerte Parteiensysteme zu etablieren. Dadurch wurden nicht nur kohärente Reformen erschwert, sondern auch populistische Regierungen mit autoritären Zügen begünstigt. In der Bevölkerung mangelt es an Vertrauen in die Politik. Viele Parteien haben sich bei den Wählern durch Korruption und Vetternwirtschaft diskreditiert. Auch die Enttäuschung bzw. Verbitterung über die geringe soziale Verantwortung eines Großteils der nationalen Eliten hat ihren Ausdruck in einem radikal veränderten Wahlverhalten gefunden. Umfragen des Latinobarómetro zufolge hält die Mehrheit der Lateinamerikaner die Demokratie zwar für das allen anderen Regierungsformen überlegene politische System. Allerdings sind die Zustimmungswerte seit dem Ende der 1990er Jahre rückläufig. Das hat zum nahezu vollständigen Niedergang der traditionellen sozial- und christdemokratischen Parteien geführt. Letztere sind nur noch in Chile und Mexiko von staatstragender Bedeutung.

Die politische Linke Lateinamerikas ist heute äußerst vielgestaltig. Sie umfasst sowohl Kräfte mit Regierungserfahrung, als auch solche, die neu aus so genannten „Bewegungsparteien“ hervorgegangen sind. Man könnte vereinfacht von zwei Lagern sprechen: Einer pragmatisch-sozialdemokratischen Linken auf der einen Seite und einer populistischen Linken mit revolutionärer Rhetorik auf der anderen.

Führender Exponent der populistischen Linken ist Präsident Hugo Chávez, der nicht nur in Venezuela ein populistisches Regime semi-autoritären Stils zu etablieren versucht, enge Beziehungen zu Kuba pflegt und sich als geistigen Erben Fidel Castros betrachtet, sondern auch die seit einigen Jahren hohen Öleinnahmen nutzt, um seine „bolivarische Revolution“, von ihm inzwischen auch als „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“ bezeichnet, über die Grenzen Venezuelas hinaus zu propagieren. Begleitet von einer dezidiert anti-amerikanischen Rhetorik ist er bestrebt, nicht nur die Beziehungen zu China auszubauen, sondern auch zum Iran Achmadinedschads. Allerdings hat Chávez im Dezember 2007 in einem Referendum, mit dem er seine Position erheblich zu stärken suchte, eine empfindliche Niederlage an der Wahlurne erlitten.

Der Niedergang der traditionellen Parteien hat dazu geführt, dass auch die Orientierung an europäischen Demokratie- und Entwicklungsmodellen verblasste. Vor allem im Andenraum sind diese Parteien von Sammlungsbewegungen abgelöst worden, die durch eine Führungspersönlichkeit, ethnische Identitäten und/oder neopopulistische Strukturen zusammengehalten werden.

Die traditionellen politischen Kräfte Lateinamerikas haben nicht den politischen Willen dazu aufgebracht, das erhebliche Wirtschaftswachstums u.a. in den 1990er Jahren, für eine Verbesserung der sozialen Lage für breitere Bevölkerungsschichten zu nutzen. Das zeitliche Zusammenfallen von Demokratisierung und wirtschaftlicher Struktur-anpassung, von erweiterter politischer Mitwirkung und vom Abbau staatlicher Sozialleistungen hat große Teile der Bevölkerung überfordert. Die soziale Polarisierung wird häufig der liberalen Demokratie an-gelastet.

2. Wachsende Integration Lateinamerikas in die Weltwirtschaft

Ordnungspolitisch bewegen sich die derzeitigen Regierungen Latein-amerikas auf völlig unterschiedlichen Bahnen.

Auf der einen Seite stehen konservative und sozialdemokratische Regierungen (u.a. Chile, Kolumbien, Mexiko), die mit großem Erfolg ein „Modell des offenen Marktes“ mit hoher Weltmarktintegration verfolgen. Auf der anderen Seite bemühen sich die populistischen Regierungen in Venezuela, Bolivien, Ecuador und Nicaragua staats-zentrierte Wirtschaftskonzepte neu zu beleben. Die venezolanische Regierung zielt gar darauf, eine Unternehmerrolle des Staates im regionalen Maßstab zu etablieren. Es ist daher wichtig, dass Deutschland und Europa einen differenzierten ordnungspolitischen Dialog mit Lateinamerika führen und sich an dieser offenen Debatte in Lateinamerika aktiv beteiligen (z.B. als Partner der CEPAL oder der BID).

Mit etwa 550 Millionen Einwohnern zwischen dem Rio Grande und Feuerland, einem Anteil von 5% am globalen Bruttoinlandsprodukt und einem Anteil von 5,6% am Weltexport ist Lateinamerika die vier-größte Wirtschaftsregion der Welt. Begünstigt durch die dynamische Entwicklung der globalisierten Wirtschaft steht Lateinamerika nach fünf Jahren Aufschwung und jährlichen Wachstumsraten von über 5% (ku-muliert 24% seit 2004) solide da wie selten in seiner Geschichte. Der Außenhandel Lateinamerikas ist in den vergangenen 15 Jahren konstant und schneller gewachsen als der Welthandel insgesamt. Hauptgrund dafür ist der wirtschaftspolitische Paradigmenwechsel der 1980er Jahre, als die jahrzehntelange binnenorientierte Importsubstitution durch eine exportorientierte Integration in den Weltmarkt abgelöst wurde.

Ein zweiter Grund ist die hohe Rohstoffnachfrage vor allem aus den schnell wachsenden Volkswirtschaften Asiens. Lateinamerika kann auch längerfristig fast alles liefern, was Asien für den weiteren Aufschwung dringend benötigt. Dies ist eine gute Basis für eine dauer-hafte strategische Zusammenarbeit. Insbesondere China ist zu einem wichtigen Handelspartner geworden. Die Volkswirtschaften Chinas und die der lateinamerikanischen Rohstoffproduzenten sind in hohem Maße komplementär. Dagegen stehen Mexiko und viele zentralame-rikanische Staaten in einem intensiven Wettbewerb mit China, vor allem auf dem wichtigen US-Markt. Die Handelsverflechtungen zwis-chen Lateinamerika und China sind in den vergangenen zehn Jahren immer enger geworden. Die chinesischen Importe aus Lateinamerika haben sich in dieser Zeit verdoppelt. Im Gegenzug sind chinesische Direktinvestitionen in Lateinamerika deutlich angestiegen, wie auch die Investitionen ausländischer Unternehmen insgesamt. 2006 flossen

Direktinvestitionen in der Rekordhöhe von 72,5 Mrd. US-Dollar nach Lateinamerika. Dies deutet auf wachsendes Vertrauen in die langfristigen Perspektiven der Region hin. Auch Deutschland und die EU sollten auf einen Abbau von Handelsbarrieren und die Förderung wechselseitiger Direktinvestitionen hinarbeiten. Die deutsche und europäische Wirtschaft sollte die Chancen, die die neue Wirtschaftsdynamik Lateinamerikas eröffnet, zum gegenseitigen Nutzen wahrnehmen.

Die meisten Länder, allen voran Brasilien, haben dank innenpolitischer Reformen, die auch von der deutschen und europäischen Entwicklung zusammenarbeit flankiert wurden, die Grundlage für eine Fortsetzung des Wachstums gelegt. Solide Haushaltspolitik und zunehmende makroökonomische Stabilität in einem Großteil der Staaten haben die Voraussetzungen geschaffen, um den überwiegend von externen Faktoren bestimmten konjunkturellen Aufschwung in ein nachhaltiges Wachstum der Volkswirtschaften zu überführen. Die Herausforderung für die rohstoffabhängigen lateinamerikanischen Volkswirtschaften besteht nun vor allem darin, die derzeit hohen Erlöse aus den Rohstoffexporten für systematische Investitionen in Humankapital, Technologieentwicklung, Ausbau der Infrastruktur und den Auf- bzw. Ausbau von nicht-traditionellen Exportbranchen zu verwenden.

Der Reichtum Lateinamerikas an Bodenschätzen, Energieressourcen und landwirtschaftlichem Potential spielt eine zunehmend wichtige Rolle bei der Positionierung in der Weltwirtschaft. Die Region verfügt über das weltweit größte Potential für die Produktion von Biokraftstoffen, deren strategische Bedeutung den wirtschaftlichen und politischen Stellenwert Lateinamerikas weiter erhöhen wird. Zu den internen Faktoren, welche die makroökonomische Stabilität Lateinamerikas verbessert haben, gehören der Abbau der Auslandsschulden, die Senkung des Schuldendienstes, der Staatsschulden und Haushaltsdefizite, steigende Primärüberschüsse in den Staatshaushalten, die auf etwa 300 Mrd. Euro angestiegenen Devisenreserven, die Verlangsamung des Inflationstempos und eine weitgehende Flexibilisierung der Wechselkurse. Erstmals in der Geschichte konnte vier Jahre in Folge ein Leistungsbilanzüberschuss erzielt werden. Der Binnenkonsum, die Investitionsrate, die Binnensparquote und die Emissionen auf den inländischen Anleihemärkten haben deutlich zugenommen und die Abhängigkeit von externen Kapitalzuflüssen hat sich deutlich verringert.

Als Folge des anhaltenden Wirtschaftswachstums entsteht in vielen Ländern Lateinamerikas eine neue Mittelschicht, deren wirtschaftliche Basis der Markt und nicht der Staat ist. Auch die Zahl der lateinamerikanischen Großunternehmen, der so genannten „Multilatinas“, steigt kontinuierlich, ebenso wie die lateinamerikanischen Auslandsinvestitionen. Allein brasilianische Unternehmen haben inzwischen mehr als 100 Mrd. US \$ im Ausland investiert. Selbst die staatsdirigistischen Maßnahmen einiger weniger Regierungen (Venezuela, Bolivien, Ecuador) haben bisher kaum Auswirkungen auf das Wachstumstempo der Region gehabt, da diese Länder nur ca. 8% zum BIP Lateinamerikas beitragen.

Allerdings sind bisher nur wenige Großunternehmen international wettbewerbsfähig. Es ist eine große Herausforderung für die lateinamerikanischen Regierungen, auch die Masse der bisher nur für den Binnenmarkt produzierenden kleineren und mittleren Industrieunternehmen für den globalen Wettbewerb zu rüsten. Nur wenn das gelingt, kann Lateinamerika auf Dauer in der globalen Wirtschaft erfolgreich sein.

Insgesamt ist Lateinamerika weiterhin mehrheitlich der marktwirtschaftlichen Ordnung verpflichtet und steht der Globalisierung offen gegenüber.

Die Wirtschaftsbeziehungen zwischen Deutschland und der EU auf der einen und Lateinamerika auf der anderen Seite sind traditionell von Asymmetrien geprägt: Für Lateinamerika ist die EU größter ausländischer Investor, wichtigster Geber und Partner in der Entwicklungszusammenarbeit sowie mit rund 13% zweitwichtigster Handelspartner. Die EU, mit 20% Anteil die weltgrößte Handelsmacht, wickelt hingegen mit Lateinamerika weniger als 5% ihres gesamten Außenhandels ab. Innerhalb der EU sind Deutschland und Spanien die wichtigsten Partner Lateinamerikas.

Lateinamerika ist nicht nur ein wichtiger Standort für deutsche Unternehmen, mit einem Produktionsvolumen von etwa 60 Mrd. Euro, sondern weltweit die einzige Region außerhalb Europas, in der deutsche Unternehmen Schlüsselpositionen in bestimmten Industriesektoren einnehmen. In den beiden größten Volkswirtschaften – Mexiko und Brasilien – erwirtschaften deutsche Tochterfirmen rund 5% des nationalen Bruttosozialproduktes. An der Wertschöpfung des brasilianischen Industriesektors sind deutsche Firmen sogar mit etwa 15% beteiligt.

Eine besonders starke Stellung hat die deutsche und europäische Industrie im MERCOSUR, dessen Mitgliedsländer Brasilien, Argentinien, Uruguay und Paraguay fast 40% des gesamten BIP Lateinamerikas erwirtschaften. Daher ist das Interesse der deutschen und europäischen Wirtschaft an einem Abschluss des Assoziierungsabkommens zwischen der EU und dem MERCOSUR nach wie vor groß. Die wirtschaftlichen Kosten des stockenden Verhandlungsprozesses werden für die Unternehmen auf beiden Seiten auf jährlich rund 4 Mrd. Euro geschätzt. Während die Mitglieder des MERCOSUR einen besseren Zugang zum abgeschotteten EU-Markt für Agrarprodukte anstreben, erhoffen sich europäische Unternehmen Erleichterungen für Investitionen und bei der Vergabe von Staatsaufträgen, sowie eine bessere rechtliche Absicherung ihrer Geschäftstätigkeit in den Partnerländern. Teil einer großen integrierten Region zu sein gehört heute zu den entscheidenden komparativen Wettbewerbsvorteilen auf den umkämpften Weltmärkten. Deutschland und die EU unterstützen daher das Festhalten des MERCOSUR am so genannten „Demokratieprotokoll“.

Auch mit der Andengemeinschaft (CAN) und mit Zentralamerika (SICA) verhandelt die EU über regionale Abkommen. Mit dem Forum der karibischen AKP-Staaten (CARIFORUM) konnte Ende 2007 ein umfassendes Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (EPA) unterzeichnet werden. Eine differenzierte bilaterale Zusammenarbeit hat die EU durch den Abschluss von Assoziierungsabkommen mit Mexiko und Chile eingeleitet, deren Potenzial allerdings bei weitem noch nicht ausgeschöpft ist.

3. Anspruch und Potenzial Lateinamerikas als internationaler Akteur

Lateinamerikas Position im internationalen System hat sich seit Ende des letzten Jahrhunderts grundlegend verändert. Der Subkontinent ist nicht mehr Schauplatz der Auseinandersetzungen zwischen Ost und West.

Das Ende des Kalten Krieges hat den Regierungen Lateinamerikas neue Handlungsoptionen eröffnet. Dabei arbeiten die Regierungen nur teilweise eng zusammen. Insofern kann von Lateinamerika als einem internationalen Akteur nur mit Einschränkung gesprochen werden. Einige Staaten übernehmen eine aktivere Rolle auf der internationalen Ebene, vor allem Brasilien und mit einigem Zögern inzwischen auch Mexiko. Andere Regierungen, v.a. die derzeit von Mitte-Links-Parteien bis radikal-linkspopulistisch geführten, fokussieren ihre Außenpolitik darauf, sich zunehmend von den USA abzugrenzen und Einfluss in der Region zu gewinnen – allen voran Venezuela.

Auch die subregionalen Integrationsprozesse sind vielfach zu schwach, um auf internationaler Ebene eine gewichtige Rolle zu spielen. Allein der MERCOSUR tritt als Integrationsraum nach außen in Erscheinung. Sein Status als handlungsfähiges und potenziell ausdehnbares Wirtschaftsbündnis (dem zuletzt auch Venezuela beigetreten ist) hängt in erster Linie von der realen Integrationsbereitschaft seiner Mitglieder sowie auch von einem erfolgreichen, seit langem überfälligen, Abschluss des Freihandelsabkommens mit der EU ab. Die Stärkung der Integrationsverbände in Lateinamerika ist eines der wesentlichen Ziele deutscher und europäischer Lateinamerika-Politik der vergangenen Jahre. In diesem Zusammenhang hat das Zustandekommen der bi-regionalen Assoziation mit dem MERCOSUR für uns hohe Priorität.

Brasilien nimmt unabhängig vom lateinamerikanischen Kontext eine weltpolitische Rolle ein. Aufgrund seiner regionalen und internationalen Initiativen (G-20, „Lula-Group“) seiner Rolle in internationalen Foren und Institutionen (Heiligendamm-Prozess der G-8, WTO/Doha-Runde) und als größtes Land Lateinamerikas bietet Brasilien auch bilateral neue Ansatzpunkte für eine vertiefte Kooperation und weltpolitische Partnerschaft. Allerdings wird sein Anspruch, auf internationaler Ebene (VN-Sicherheitsrat) ganz Lateinamerika zu vertreten, von einigen Staaten der Region eher skeptisch beurteilt, teilweise gar abgelehnt. Eine Führungsrolle Brasiliens wird zudem dadurch erschwert, dass es als portugiesisch-sprachiges Land eine Sonderrolle in einer spanisch-sprachigen Umgebung spielt. Neben Mexiko und anderen zentralamerikanischen und karibischen Staaten stellt insbesondere Präsident Chávez die Führungsrolle Brasiliens direkt und indirekt in Frage. Obgleich Venezuela kaum ernsthaft mit Brasilien konkurrieren kann, nutzen andere Länder - wie etwa Argentinien - das venezolanische Vorgehen, um Brasilien zu schwächen. Die Frage einer Führungsrolle Brasiliens hat aber noch eine zweite Dimension: Angesichts des Versagens regionaler Politikkoordination wird sie nicht zuletzt von anderen internationalen Akteuren wie etwa der EU - durch die Erklärung einer bilateralen strategischen Partnerschaft EU-Brasilien vom Juli 2007 - de facto anerkannt und gefördert.

4. Lateinamerika im Spannungsfeld zwischen den USA, Europa und Asien

Die Beziehungen Lateinamerikas zu den Vereinigten Staaten sind durch deren ökonomische, politische und militärische Vormachtstellung geprägt. Seit den Terroranschlägen vom 11. September 2001 in den USA und dem folgenden „war on terror“ steht Lateinamerika nicht mehr nur auf der handelspolitischen Agenda Washingtons, sondern auch unter sicherheitspolitischen Aspekten im Fokus der US-Administration. Die scharfe anti-amerikanische Rhetorik des venezolanischen Präsidenten

Chavéz (USA beziehen 25 % ihrer Ölimporte aus Venezuela) sowie die zunehmenden Aktivitäten Chinas in der Region haben seit 2005 zu einer sichtbaren (Re-)Aktivierung der amerikanischen Lateinamerika-Politik geführt.

Das US-Projekt einer Gesamtamerikanischen Freihandelszone (FTAA/ALCA) ist in den letzten Jahren zum Stillstand gekommen. Auf dem 4. Gipfel der Americas im November 2005 im argentinischen Mar del Plata wurde vielmehr das wirtschaftliche und vor allem politische Auseinanderdriften Lateinamerikas offenbar. Die USA sind inzwischen dazu übergegangen, bi-nationale und bi-regionale Handelsabkommen abzuschließen.

Auch die EU kommt in den Verhandlungen zu einem Freihandelsabkommen mit dem MERCOSUR nicht voran. Vorbehalte seitens der EU hinsichtlich der Liberalisierung ihres Agrarmarktes sowie die mangelnde Bereitschaft des MERCOSUR, Zugeständnisse u.a. beim Import von Industriegütern und bei der Ausschreibungspraxis zu machen, verhinderten bisher einen Vertragsabschluss. Die Einbeziehung Venezuelas in den MERCOSUR ist aus energiepolitischen Gründen sicher interessant, erschwert aber den politischen Dialog. Dieses Abkommen wird inzwischen durch die intensiveren wirtschaftlichen Beziehungen zu Asien auch für Lateinamerika selbst weniger dringlich. Der enorme Rohstoffbedarf, vor allem Chinas, hat einen erheblichen Anteil an der positiven ökonomischen Entwicklung Lateinamerikas der vergangenen Jahre gehabt. Die Ankündigung umfangreicher chinesischer Direktinvestitionen in Lateinamerika und die Senkung von Importschranken für lateinamerikanische Rohstoffe und Lebensmittel auf dem chinesischen Markt haben das Interesse der Region, zügig zu Handelserleichterungen mit Europa zu kommen, gesenkt.

Die Partnerschaft mit Europa ist heute für lateinamerikanische Regierungen angesichts der wachsenden Präsenz Chinas (und auch Indiens) immer weniger Notwendigkeit, sondern eine weitere Option. Die einstige Vorbildrolle Europas muss sich heute angesichts der wachsenden Attraktivität der chinesischen Alternative neu legitimieren. Eine quasi „automatische“ euro-lateinamerikanische Interessengemeinschaft gibt es immer weniger. Gemeinsame Positionen müssen mit Vorlauf erarbeitet werden, sollen sie politisch tragfähig sein.

Die auf dem ersten Gipfeltreffen der EU und Lateinamerikas in Rio de Janeiro 1999 vereinbarte „strategische Partnerschaft“ beider Regionen wurde auch auf dem dritten Gipfel 2004 in Guadalajara und auf dem vierten Treffen 2006 in Wien von beiden Seiten bekräftigt. Die Konkretisierung dieser „strategischen Partnerschaft“ ist die große Herausforderung für die nähere Zukunft. Zentrale Themen des diesjährigen Gipfels in Lima werden daher auch die Förderung der sozialen Kohäsion, des Klimaschutzes und die Sicherung der Energieversorgung sein.

II. Konsequenzen für Deutschland und Europa

1. Herausforderungen und Chancen in Lateinamerika erkennen und annehmen

Deutschland genießt in Lateinamerika hohes Ansehen. Dieses Vertrauenskapital gilt es zu pflegen und auszubauen. Viele unserer lateinamerikanischen Partner bedauern das zurückhaltende Engagement der deutschen Politik in der Region.

Aufgrund ihrer fünfhundertjährigen gemeinsamen Geschichte sind Lateinamerika und Europa eng miteinander verbunden, teilen westliche Ideale und Werte. Die vielfältigen Beziehungen und die kulturelle Affinität zwischen den Gesellschaften bieten eine stabile Grundlage für eine „strategische Partnerschaft“. Um diese kulturelle Nähe zu pflegen, ist es erforderlich, den Austausch im Kultur- und Bildungsbereich zu intensivieren und Deutschland und Europa in der Region wieder stärker präsent zu machen. Lateinamerika ist die Heimat von Deutschen, die dort z.T. seit Jahrhunderten leben. Dem muss die deutsche Politik Rechnung tragen.

Die aktuellen Herausforderungen und die sich bietenden Chancen machen ein konzentriertes Engagement Deutschlands auf drei Handlungsebenen erforderlich: In Deutschland selbst, in unseren bilateralen Beziehungen zu den lateinamerikanischen Staaten sowie im Rahmen der EU, bzw. internationalen Organisationen.

2. Eine aktive deutsche Lateinamerikapolitik entwickeln

Trotz angestiegener Bemühungen des Auswärtigen Amts und des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) ist es der deutschen Lateinamerikapolitik bisher nicht gelungen, ein tragfähiges und zukunftsorientiertes Profil für die Beziehungen mit den Staaten und Gesellschaften Lateinamerikas zu entwickeln. Die strategische Basis deutscher Lateinamerikapolitik, die sich aus der nationalen Interessenlage ergibt, muss daher ausgebaut werden. Deutschland steht vor der Herausforderung, seine Interessen in der Region deutlicher als bisher aufzuzeigen und konkrete Ziele oder Zwecke zu benennen. Das vorrangige Ziel der Bundesrepublik sollte darin bestehen, Lateinamerika als Partner für die Übernahme globaler Verantwortung zu gewinnen und zu stärken. In diesem Zusammenhang sollten wir intensiv darüber nachdenken, mit welchen Partnern – bilateral oder regional – wir diese Ziele am besten erreichen können. Zur Stärkung der „global governance“-Kapazitäten bieten sich im bilateralen Zusammenhang neben den klassischen Politikfeldern Außenwirtschaftsförderung und Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik vor allem zwei im Rahmen unserer Entwicklungszusammenarbeit unterstützte Bereiche an: Stärkung der Demokratie und der guten, rechtsstaatlichen Regierungsführung sowie nachhaltige Ressourcenentwicklung und Klimaschutz.

Konkret sollten wir eine zukunftsorientierte Ausrichtung unserer Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik (AKBP) als eine tragende Säule der Beziehungen zu Lateinamerika anstreben. In ihrem Mittelpunkt sollte der weitere Ausbau der Wissenschafts- und Hochschul-Zusammenarbeit stehen, eine Erweiterung des Angebots für das Erlernen der deutschen Sprache sowie die Verbreiterung der

Netzwerke der deutschen Schulen. Dafür gilt es insbesondere, das rege Interesse und die Bereitschaft zum eigenen - auch finanziellen - Engagement der finanzstarken lateinamerikanischen Staaten zu nutzen, etwa für den weiteren Ausbau der Regierungsstipendienprogramme, den Austausch von Wissenschaftlern und für den Auf- und Ausbau gemeinsamer Forschungsprogramme.

Deutsche Lateinamerikapolitik steht vor der Herausforderung, ihrem verzweigten institutionellen Geflecht ausreichend Kohärenz zu verleihen und gleichzeitig den differenzierten Problemen und spezifischen Konfliktlinien einer Region, die sowohl aus Entwicklungs- als auch Transformationsländern mit teilweise hohem Industrialisierungsgrad besteht, gerecht zu werden. In diesem Kontext erweist sich die Aufteilung der Zuständigkeiten auf nahezu alle Ressorts als Herausforderung für eine effektive und kohärente Lateinamerikapolitik. Daher sollte eine der vorrangigen Aufgaben der Bundesregierung darin bestehen, das vielschichtige institutionelle Geflecht deutscher Lateinamerikapolitik so zu reorganisieren, dass Reibungsverluste oder Inkohärenzen vermieden werden. Gleichzeitig sollten deutsche und europäische Initiativen gebündelt und besser aufeinander abgestimmt werden.

Die wissenschaftliche Begleitung der sozioökonomischen und außenpolitischen Entwicklung durch die akademische Lateinamerika-Expertise an deutschen Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen ist für ein abgerundetes Lagebild und damit als außenpolitische Entscheidungsgrundlage von essentieller Bedeutung. Leider wurden in den vergangenen Jahren regionalwissenschaftliche Lehrstühle und Professuren mit lateinamerikanischem Schwerpunkt finanziell und personell reduziert oder ganz geschlossen. Aufgrund des Bildungsföderalismus hatte die Bundesregierung auf diese Entwicklung nur wenig Einfluss. Gleichwohl muss sie – wie auch die Wirtschaft – die negativen Konsequenzen tragen, die sich im Laufe der Zeit auch in der außenpolitischen Substanz bemerkbar machen werden. Die Bundesländer und Universitäten sollten ermutigt werden, die Lateinamerikaforschung zu erhalten beziehungsweise neu zu schaffen.

3. Die wirtschaftliche und wissenschaftliche Vernetzung mit Lateinamerika fördern

Mit dem konstant hohen Wachstum der lateinamerikanischen Volkswirtschaften in den vergangenen Jahren sind auch die Märkte für unsere Exportwirtschaft in Lateinamerika gewachsen. Diese neuen Chancen gilt es in Anbetracht wachsender asiatischer Konkurrenz entschlossen zu nutzen. Vor allem Unternehmen aus Brasilien und Mexiko drängen auf die Weltmärkte, investieren inzwischen auch in Europa und werden daher nicht nur zu ernstzunehmenden Wettbewerbern für unsere Unternehmen, sondern auch zu immer interessanteren Kooperations- und Technologiepartnern. Vor diesem Hintergrund müssen wir den Ausbau von Technologiepartnerschaften zwischen Universitäten, Forschungsinstituten und Unternehmen weiter vorantreiben. Deutschland muss seine gute Reputation im Wissenschaftsbereich stärker nutzen und die Kooperation mit Lateinamerika im Hochschulbereich vertiefen. Durch verbesserte und ausgeweitete Stipendienprogramme und vorbereitende Sprachkurse sollte für Lateinamerikaner das Studium in Deutschland attraktiver gemacht werden. Die Bundesregierung sollte sich dafür einsetzen, an lateinamerikanischen Hochschulen spanisch- bzw. portugiesisch-

sprachige Informationsnetzwerke zu schaffen, die neben deutschen Universitätsnachrichten und Informationen über neue Studiengänge und Sprachprogramme auch wichtige deutsche Forschungsergebnisse in der Landessprache präsentieren und verbesserte Kontaktmöglichkeiten mit lateinamerikanischen Alumni deutscher Universitäten ermöglichen. Des Weiteren sollten die deutschen Schulen und Goethe-Institute gestärkt werden, um in Lateinamerika deutsche Sprache und Kultur frühzeitig zu vermitteln.

4. Demokratie und Menschenrechte in Lateinamerika sichern helfen

Im Rahmen des vorrangigen außenpolitischen Interesses in Lateinamerika – der Stärkung von „global governance“-Kapazitäten – haben Deutschland und Europa ein elementares Interesse daran, dass das demokratische Modell in Lateinamerika Erfolg hat. Die Unzufriedenheit eines gewichtigen Teils der lateinamerikanischen Bevölkerung mit der demokratischen Entwicklung und insbesondere mit der Darstellung der Demokratie und des aktuellen Trends zu populistischen Regierungsformen sollten uns zu einem intensiveren Engagement anspornen. Wir müssen die entwicklungspolitischen Instrumente noch stärker darauf ausrichten, die Staaten mit fragilen demokratischen Systemen und defizitären Verwaltungsstrukturen dabei zu unterstützen, die sozio-ökonomische und politische Teilhabe aller gesellschaftlichen Gruppen zu verbessern sowie die demokratischen Strukturen zu stärken. So könnte z.B. der hervorragende Ruf deutscher Rechtswissenschaft in Lateinamerika stärker genutzt werden. Durch die Gründung bzw. Förderung von Verwaltungshochschulen und der Ausbildung von Richtern könnte Deutschland einen wertvollen Beitrag für den Aufbau effizienter Verwaltungsapparate leisten. Eine sehr wichtige Rolle sollten dabei weiterhin die auf die Verbesserung der Teilhabe der Zivilgesellschaft und die Armutsbekämpfung ausgerichteten Programme der Kirchen – wie z.B. das Engagement der deutschen Katholiken seit 1961 im Rahmen von Adveniat - und der entwicklungspolitischen Nichtregierungsorganisationen einnehmen.

Eine erhebliche Bedeutung kommt hier auch der Fortsetzung der vertrauensvollen Zusammenarbeit der CDU und CSU und der anderen im Deutschen Bundestag vertretenen demokratischen Parteien mit ihren lateinamerikanischen Schwesterparteien zu. Dieser Parteiendialog sollte dringend ausgebaut und thematisch erweitert werden.

Daneben sollte Deutschland mehr als bisher seine Erfahrungen mit dem deutschen Föderalismus in die nach wie vor nicht abgeschlossenen Staatsbildungsprozesse einbringen, um den lateinamerikanischen Staaten beim Umgang mit zentralistischen ebenso wie mit zentrifugalen Auswüchsen beratend zur Seite zu stehen. Angesichts der in einigen Ländern zum Teil prekären sozioökonomischen Situation und der damit verbundenen Gefahren für den sozialen Zusammenhalt und die politische Stabilität der jungen Demokratien könnte Deutschland seine Erfahrungen mit der sozialen Marktwirtschaft weitergeben, etwa beim Aufbau sozialer Sicherungssysteme oder einer effizienten und sozial ausgewogenen Besteuerung.

Eine der größten Herausforderungen bei der Stabilisierung von Demokratie in den Ländern Lateinamerikas, ist die weit verbreitete Armut, die eine große Anfälligkeit hin zu populistischen Regimen birgt. Zur Armutsbekämpfung und zur Lösung der sozialen Konflikte kommt

der Entwicklung des ländlichen Raumes eine zentrale Schlüsselrolle zu. Deutschland muss sein entwicklungspolitisches Know-how in diesem Bereich wieder mehr einbringen.

Die deutschen politischen Stiftungen, die auf eine jahrzehntelange erfolgreiche Arbeit vor Ort zurückschauen können, sollten sich verstärkt der Aufgabe stellen, sozialstaatliches Denken und Verantwortungsbewusstsein unter den lateinamerikanischen Eliten, und ein besseres Demokratieverständnis in der Bevölkerung zu fördern.

Die zunehmende Gefährdung der Demokratie in einigen lateinamerikanischen Ländern sollte Anlass sein, den Demokratiedialog auch mit den neuen linkspopulistischen Regierungen aufzunehmen bzw. zu intensivieren. Auch hier können wir an die erfolgreiche Arbeit der politischen Stiftungen anknüpfen und sie intensivieren. Dabei sollten wir für demokratische Grundprinzipien und die Unteilbarkeit von Menschenrechten werben. Deutschland und Europa sollten sich dafür einsetzen, dass -im Sinne einer auf unseren gemeinsamen Werten gegründeten Politik- die Anerkennung und Einhaltung der Menschenrechte einen Schwerpunkt im politischen Dialog einnimmt.

5. Die sicherheitspolitische Vernetzung fördern

Die sicherheitspolitischen Interessen Deutschlands in Lateinamerika konzentrieren sich vor allem auf die Bekämpfung der Drogenkriminalität, des Menschenhandels und der „Entführungsindustrie“. Deutschland legt daher - neben einem koordinierten Vorgehen im Rahmen der EU - in seiner bilateralen Sicherheitskooperation einen Schwerpunkt auf die Ausbildung von Offizieren und Polizisten. Darüber hinaus wären Anstrengungen zur Sicherung der demokratischen Kontrolle des Militärs und die Entwicklung stabiler zivil-militärischer Beziehungen von Bedeutung.

Deutschland verfügt mittlerweile über intensive Erfahrungen in der Ausbildung von ausländischen Polizeikräften. Diese Kompetenz sollte Deutschland mehr als bisher nicht nur mit Blick auf die Bekämpfung der Drogenkriminalität, sondern auch generell zur Festigung fragiler Staatlichkeit einbringen, z. B. in Bolivien, Ecuador oder in Guatemala.

Ein solches Angebot käme zudem dem Wunsch vieler lateinamerikanischer Regierungen entgegen, ihre sicherheitspolitische Kooperation mit anderen Staaten zu erweitern.

Wir sollten aber auch die Bedeutung weiterer Themen der globalen sicherheitspolitischen Agenda, wie etwa den Kampf gegen den internationalen Terrorismus, die Verbreitung von Kleinwaffen und Minen sowie Fragen der Fortentwicklung globaler Nichtverbreitungsregime von Massenvernichtungswaffen auf ihre Übertragbarkeit und Anschlussfähigkeit an aktuelle Entwicklungen in Lateinamerika prüfen.

6. Die Zusammenarbeit in der Umwelt- und Klimaschutzpolitik stärken und ausbauen

Zentrale Themen des diesjährigen Gipfeltreffens in Lima werden neben der Förderung der sozialen Kohäsion der Klimaschutz und die Sicherung der Energieversorgung sein.

Energiesicherheit und Klimaschutz stehen sowohl in Europa, als auch in Lateinamerika im Zentrum der politischen Diskussion. Deutschland nimmt eine Vorreiterrolle bei nachhaltiger Ressourcenentwicklung und umweltgerechten Innovationen ein und hat in diesen Bereichen weltweit führende Kompetenzen entwickelt; diese reichen von der Altlastenbeseitigung über modernste Techniken der Luftreinhaltung, Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung bis hin zu hoch effizienten Kraftwerkstechnologien sowohl für fossile als auch erneuerbare Energien.

Der Klimawandel ist eine der größten globalen Herausforderungen unserer Zeit. Alle Staaten müssen in die internationalen Abkommen zur Reduzierung der Treibhausgase einbezogen werden. Bei der energie- und ressourcen-effizienten Produktion ist die deutsche Industrie weltweit führend und hat für eine Partnerschaft viel zu bieten. Wir haben ein Interesse daran, insbesondere die schnell wachsenden Schwellenländer mit hohem Ressourcen- und Energieeinsatz sowie großen CO₂-Emissionen dabei zu unterstützen, ihr vornehmlich „quantitatives“ in „qualitatives“ Wachstum zu überführen. Es muss auch in diesen Ländern gelingen, den rasant ansteigenden Energieverbrauch und Treibhausgasausstoß von ihrem Wirtschaftswachstum abzukoppeln. Die Industrieländer können hier Vorbild sein und gleichzeitig diese Länder aktiv beim Klimaschutz unterstützen, denn Klimaschutz behindert nicht Wachstum und wirtschaftlichen Wohlstand, sondern ist dessen Voraussetzung. Bereits heute stehen Technologien zur Verfügung, die es ermöglichen, den Treibhausgasausstoß deutlich zu reduzieren.

Lateinamerika beherbergt mit dem Amazonas-Regenwald nicht nur eines der wichtigsten Gebiete für den globalen Klimaschutz, sondern ist auch die Region mit der höchsten Biodiversität weltweit und aufgrund seines Rohstoffreichtums wirtschaftlich besonders interessant. Deutschland sollte sich auch im eigenen Interesse nachdrücklicher für den Schutz und die nachhaltige Nutzung dieser Ressourcen einsetzen. Deutschland ist bei der nachhaltigen Entwicklung ländlicher Räume, bei der Förderung des Umwelt- und Ressourcenschutzes – das Tropenwaldprogramm mit Brasilien ist dabei ein Leuchtturmprojekt – der Erschließung des Potenzials erneuerbarer Energien, der Steigerung der Energieeffizienz und weiteren für den Klimaschutz relevanten Aktivitäten auch im wohlverstandenen Interesse der deutschen Wirtschaft, ein gefragter Partner in Lateinamerika. Das deutsche Engagement sollte auch mittels Teilhabe an regionalen multilateralen Banken, wie der Interamerikanischen und der Karibischen Entwicklungsbank (IDB, CDB), deutlich intensiviert werden. Für die aufstrebenden Volkswirtschaften Lateinamerikas ist eine stabile und kosteneffiziente Energieversorgung von großer Bedeutung. Anders als im Agrarbereich gibt es im Energiesektor kaum Interessendivergenzen. Etwa 28% der bis 2012 erwirtschafteten Emissionsreduktionsgutschriften dürften aus Lateinamerika stammen. Diese sind für beide Seiten von großer wirtschaftlicher Bedeutung. Die Weiterentwicklung des Clean Development Mechanism (CDM) ist ein effektives Instrument der Zusammenarbeit. Dadurch kann in Entwicklungs- und Schwellenländern der Ausbau erneuerbarer Energien und umweltschonender Industrieanlagen gefördert und gleichzeitig der Klimaschutz erhöht werden.

7. Die strategische Stabilität in Lateinamerika sichern helfen und die regionale Kooperation fördern

Für eine auf Regeln basierende und friedliche Weltordnung bedarf es bilateraler Partnerschaften und freundschaftlicher Beziehungsnetze. Im europäischen Rahmen sollte sich Deutschland intensiv für die Stärkung regionaler Integrationsprozesse in Lateinamerika einsetzen und die subregionale Entwicklungs- und Kooperationsstrategie der Europäischen Kommission weiterhin unterstützen.

Gerade die EU-Lateinamerika-Gipfel bieten der Bundesregierung die Möglichkeit, über die subregionale Ebene hinaus Anstöße zu einer Vertiefung der Koordinierungsbemühungen Lateinamerikas insgesamt zu geben. Bisher hatten die Gipfel einen eher symbolischen Wert. Doch die mitunter schwierigen Diskussionsprozesse der vergangenen Treffen haben zu einem vertieften Verständnis der jeweiligen Positionen der anderen Seite beigetragen, was für die Zukunft auf eine Annäherung der Positionen hoffen lässt.

Für die Stabilität des Subkontinents und der Bewahrung und Fortentwicklung der Demokratie wird es zudem darauf ankommen, dass Brasilien seine aktive Regionalintegrations- und Nachbarschaftspolitik im südamerikanischen Format weiter betreibt und seine Dialogfähigkeit mit den verschiedenen Regierungen, insbesondere der Andenregion, bewahrt. Ähnliches gilt für die Rolle Mexikos in Zentralamerika. Deutschland sollte den strategischen Dialog mit diesen beiden wichtigen internationalen Akteuren auf Regierungsebene führen und politische Initiativen mit langfristigem Charakter entwickeln.

8. Eine Partnerschaft für Weltordnungsfragen (global governance) aufbauen

Europa und Lateinamerika orientieren sich beide am Leitbild des „effektiven Multilateralismus“. Dementsprechend besteht ein Ziel der „strategischen Partnerschaft“ darin, die Globalisierung gemeinschaftlich zu gestalten und eine auf Regeln gründende internationale Ordnung zu schaffen. Jedoch scheint es der Partnerschaft jenseits der Bestätigung der politischen Übereinstimmung beider Regionen in globalen Fragen (Internationaler Strafgerichtshof, Kyoto-Protokoll, Reform der Vereinten Nationen, Multilateralismus) bisher an einer durch gemeinsame Ziele und Instrumente definierten „Strategie“ zu mangeln. Um die EU-Lateinamerika-Treffen effizienter und effektiver zu gestalten, wäre eine Konzentration der inhaltlichen Agenda auf konkrete Punkte angebracht. Ein solches konkretes Projekt könnte eine stärkere Zusammenarbeit der Regionen unter anderem im Energiesektor sein, um die beiderseitigen Bemühungen um globale und regionale Energiesicherheit zu intensivieren.

Deutschland und die EU sollten daher in internationalen Institutionen wie den Vereinten Nationen (VN), der Welthandelsorganisation (WTO) sowie im Post-Kyoto-Prozess inhaltliche Partnerschaften und Allianzen mit lateinamerikanischen Staaten eingehen. Eine solche Zusammenarbeit könnte auch zwischen der OSZE und dem Europarat sowie lateinamerikanischen Staaten mit Blick auf gemeinsame Wahlbeobachtungsmissionen vereinbart werden.

Die Hervorhebung Lateinamerikas als wichtigem strategischen Partner bei der Neuformulierung internationaler Ordnungspolitik ei-

nerseits und die abnehmende Ressourcenausstattung deutscher Lateinamerikapolitik andererseits, die in Lateinamerika als Zeichen sinkenden Gesamtinteresses gewertet werden, ruft Irritationen hervor. Deutschland sollte neben der Pflege der bestehenden Außenbeziehungen stärker politische Initiativen zusammen mit Partnern in Lateinamerika entwickeln. Themen der internationalen Politik, wie etwa der Kampf gegen den Terrorismus und die Verbreitung von Klein- und Massenvernichtungswaffen, Fragen der Energiesicherheit, der Nukleartechnologie, der Bewältigung von sozialer Ungleichheit und großer Armut sowie der internationalen Handels-, Umwelt- und Klimapolitik, sollten Teil des vereinbarten politischen Dialogs sein, um das deutsche Engagement in diesen Bereichen auch in der Region selbst besser verständlich und sichtbar zu machen. Gerade mit den etablierten Kooperationspartnern Brasilien und Mexiko, Argentinien und Chile geht es um die Vertiefung der Zusammenarbeit auf einem relativ hohem Niveau gegenseitigen Verständnisses, das große Chancen bei der Gestaltung gemeinsamer weltpolitischer Initiativen bietet. Dies erfordert aber eine systematische und mittelfristig angelegte Kooperation mit einer breiten Zahl an politischen Entscheidungsträgern. Dafür muss geprüft werden, inwieweit das bestehende Instrumentarium der Konfliktprävention und Demokratieförderung weiterentwickelt werden kann.

9. Deutsche Lateinamerikapolitik europäisch verankern

Im europäischen Rahmen steht die deutsche Lateinamerikapolitik insbesondere vor der Herausforderung v.a. mit Spanien, aber auch anderen Partnern übereinstimmende Positionen zu erarbeiten. Gemeinsame Anstrengungen, etwa in der Außenwirtschaftsförderung oder in der Entwicklungspolitik, können vielversprechend sein. Neben dem Assoziierungsabkommen mit dem MERCOSUR sollten auch die ebenfalls begonnenen Verhandlungen mit der Andengemeinschaft (CAN) und den Ländern des Zentralamerikanischen Integrationssystems (SICA) zügig vorangetrieben werden.

Im Wissenschaftsbereich gibt es bereits zahlreiche konkrete Kooperationsprojekte, z.B. die EU-Programme, die das Ziel eines gemeinsamen Hochschulraums verfolgen: Erasmus Mundus, Alßan und Alfa. Analog zu bilateralen Initiativen zur Förderung der Kooperation im akademischen Bereich sollte die Bundesregierung versuchen, die Hochschulkooperation mit Lateinamerika auch im europäischen Rahmen weiter zu verstärken und sich dafür einsetzen, auf europäischer Ebene wissenschaftliche Expertise an bestehenden Forschungsinstituten zu bündeln oder neue wissenschaftliche Einrichtungen zu schaffen.

Eine Intensivierung der Kooperation zwischen der EU und Lateinamerika könnte möglicherweise durch eine Änderung des interregionalen Verhandlungsmodus erreicht werden. Wenn der EU-Troika in Zukunft eine lateinamerikanische Verhandlungstroika gegenüberstünde, würde dies intraregionale Abstimmungsprozesse in Lateinamerika fördern und damit neue Anreize für die regionale Integration schaffen, die seit einiger Zeit bestenfalls stagniert.

10. Den Ausbau eines transatlantischen Dreiecks, EU – Lateinamerika – USA, vorantreiben

Als Teil der westlichen Welt sind nicht nur die Beziehungen zwischen der EU und Lateinamerika von Bedeutung, sondern auch die Beziehungen der beiden Regionen zu den Vereinigten Staaten. Aufgrund des wieder erwachten Interesses der USA an Lateinamerika sollten wir das transatlantische Verhältnis auch dazu nutzen, mit den USA nicht nur einen intensiven Dialog über Lateinamerika und die Wahrung und Fortentwicklung der dortigen Demokratie, sondern mittel- und langfristige einen gleichberechtigten trilateralen Dialog zu führen. Eine intensivere Zusammenarbeit ist insbesondere bei der Bekämpfung der Drogenwirtschaft geboten, sollte sich aber nicht darauf beschränken, sondern alle Fragen der internationalen Politik umfassen.

CDU/CSU FRAKTION IM DEUTSCHEN BUNDESTAG

Herausgeber: CDU/CSU-Bundestagsfraktion
Dr. Norbert Röttgen MdB
Hartmut Koschyk MdB
11011 Berlin

Text: Eckart von Klæden MdB,
Außenpolitischer Sprecher der
CDU/CSU-Bundestagsfraktion